

Neuhofer Erklärung 2019

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist gespalten: Während in attraktiven Städten und Metropolregionen Studierende, Alleinerziehende, Menschen mit schlecht bezahlten Jobs, Arbeitsuchende, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderungen sowie Geflüchtete um den wenigen bezahlbaren Wohnraum konkurrieren, stehen insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen etwa zwei Millionen Wohnungen leer.

Beide Probleme, strukturschwache, oft ländliche Räume ohne Zugang zu Arbeit, medizinischer Versorgung, öffentlichen Verkehrsmitteln, Kitas und Schulen sowie die zunehmende Wohnungsnot in städtischen Ballungszentren, sind zwei Seiten einer Medaille. Die Wohnungsfrage wird zunehmend zur sozialen Frage. Die demografische Entwicklung verschärft diese weiter.

Die Miete drückt mehr als eine Million Haushalte in Deutschland unter Hartz-IV-Niveau. Ärmere bezahlen gemessen am Haushaltseinkommen deutlich mehr für das Wohnen als Normalverdiener und Reiche. Besonders hohe Mietbelastungen haben nicht nur arme Menschen, sondern auch Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Migrationshintergrund, mit geringem Bildungsgrad und auch Singles. Sie alle geben überdurchschnittlich viel für die Miete aus.

Die Delegierten der Landesverbandstagung des Sozialverband Deutschland e.V. Landesverband Hessen am 9. März 2019 in Fulda erklären:

Angemessener Wohnraum ist für jeden Menschen unverzichtbar. Wohnraum als Existenzgut „für alle“ gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge. Die Wohnung ist für den Menschen Lebensmittelpunkt, Rückzugsbereich und Ruhepol zugleich. Sorgen um den bezahlbaren Wohnraum verursachen erhebliche Existenzängste. Die Mietpreisentwicklung vertieft die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft.

Bund, Länder und Kommunen sind aufgefordert, unverzüglich umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um allen Menschen in Deutschland Zugang zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen. Insbesondere müssen:

1. ländliche Räume wiederbelebt werden, indem die Infrastruktur (medizinische Versorgung, Breitbandinternet, barrierefreier ÖPNV, Schulen, Kitas) ausgebaut wird,
2. öffentliche Wohnungsunternehmen und Genossenschaften umfassend gestärkt werden,
3. die Förderung des sozialen Wohnungsbaus dauerhaft und deutlich ausgebaut werden,
4. die Sozialbindung geförderter Wohnungen auf 30 Jahre angehoben und Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau (z.B. Wohnberechtigungsschein) konsequent eingehalten werden,
5. die Baulandmobilisierung verbessert und die Bodenspekulation eingeschränkt werden, indem eine Grundsteuer C eingeführt und der öffentlichen Hand Grundstücksverkäufe unter Marktpreis erleichtert werden,
6. die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit geprüft werden,
7. barrierereduzierte Wohnungen in allen Neubauten Standard werden,
8. Mietpreissteigerungen bei hohen Mietbelastungen wirksam eingeschränkt werden, indem z.B. Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse abgeschafft, die Datenbasis des Mietspiegels verbreitert und dessen Geltungsdauer verlängert werden,
9. das Wohngeld muss jährlich angepasst werden,
10. der Mindestlohn angehoben, prekäre Beschäftigung (wie Minijobs, Kettenbefristungen und unfreiwilliger Teilzeit) zurückgedrängt, Tarifverträge gestärkt sowie Renten lebensstandardsichernd ausgestaltet werden, um die Haushaltseinkommen einkommensschwacher Haushalte zu verbessern.